



Mitgliederzeitung der SP BASELSTADT
145 Mai 2014

Copyright © Novartis AG



Die SP im Gespräch mit Novartis

Drei Wochen bevor die Firma den Konzernumbau, bei dem es um Milliarden geht, kommunizierte, traf sich eine SP-Delegation mit der Novartis-Spitze. Damit waren wir zwar zu früh, um diese neue Strategie kritisch zu hinterfragen, konnten aber trotzdem eine Reihe wichtiger Themen ansprechen.

Am Treffen auf dem Campus im Basler St. Johann wurde die SP Baselland von Pia Fankhauser, Regula Nebiker, Christoph Hänggi und Andreas Giger vertreten. Die SP Basel-Stadt entsandte Brigitte Hollinger, Mustafa Atici, Martin Leschhorn und Stephan Luethi.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde – seitens Novartis war übrigens keine Frau anwesend – wurde uns Novartis Schweiz mit ihren damals noch fünf Divisionen an zehn Standorten vorgestellt. Themen wie Arbeitsmarkt, Unternehmenssteuerreform, Pharmastandard und Altlastensanierung Feldreben wurden gestreift.

Unsere Rolle war, kritische Fragen zu stellen und auf wichtige Themen aufmerksam zu machen. Novartis bildet Lernende aus und kann dabei unter vielen Bewerbungen aussuchen. Attestlehrstellen werden jedoch nicht angeboten. Einig waren wir uns darin, dass Bildung wichtig ist und daher auch in angemessener Höhe durch Steuergelder finanziert werden muss. Für Novartis, die in der Schweiz 15'000 Angestellte beschäftigt, sind auch Menschen

mit Behinderung ein Thema. Zwar wird nicht mit den Organisationen der Behindertenhilfe zusammengearbeitet, erkrankte Mitarbeitende werden aber intern betreut. Nicht erklärt wurde, weshalb die 1:12-Initiative massiv bekämpft wurde, der Einsatz gegen die Zuwanderungsinitiative aber nur schwach war, zumal die Zahl der GrenzgängerInnen und der ausländischen Mitarbeitenden hoch ist.

Anschliessend nahmen wir an einem Rundgang teil, der uns unter den Campus führte. Es wurde uns gezeigt, wie die Energiezufuhr und der Wasserzu- und -abfluss unter dem Areal organisiert sind. Interessant waren dabei die Baustellenbereiche, wo es auf kleinstem Raum zu arbeiten gilt.

Richtig spannend und weniger formell waren die Gespräche beim Mittagessen. Gendergerechte Sprache war ebenso ein Thema wie die Fusionsinitiative oder das Gesundheitswesen. Diskutiert wurde auch der Unterschied zwischen PatientIn und KundIn. Wir konnten deponieren, dass wir ein eigenes Passbüro auf dem Campus als unnötig und abgeho-

ben erachten. Wir sehen nicht ein, weshalb die Angestellten von Novartis nicht wie alle anderen auf dem Spiegelhof ihre Formalitäten erledigen können. Auch in diesem Punkt konnten wir uns aber erwartungsgemäss nicht einigen.

Fazit: Alles in allem eine interessante Begegnung. Die Stadt in der Stadt ist faszinierend und spannend, aber auch elitär und abgeschottet. Der Austausch ist wichtig, wobei wir Jahr für Jahr hoffen, auf eine Frau in der Geschäftsleitung zu treffen. Wir schätzen diese Offenheit und haben vorgeschlagen, das nächste Gespräch auf einem unserer Sekretariate durchzuführen, ein Vorschlag, der durchaus auf Interesse stiess.

Pia Fankhauser
Präsidentin SP BL
Brigitte Hollinger
Präsidentin SP BS



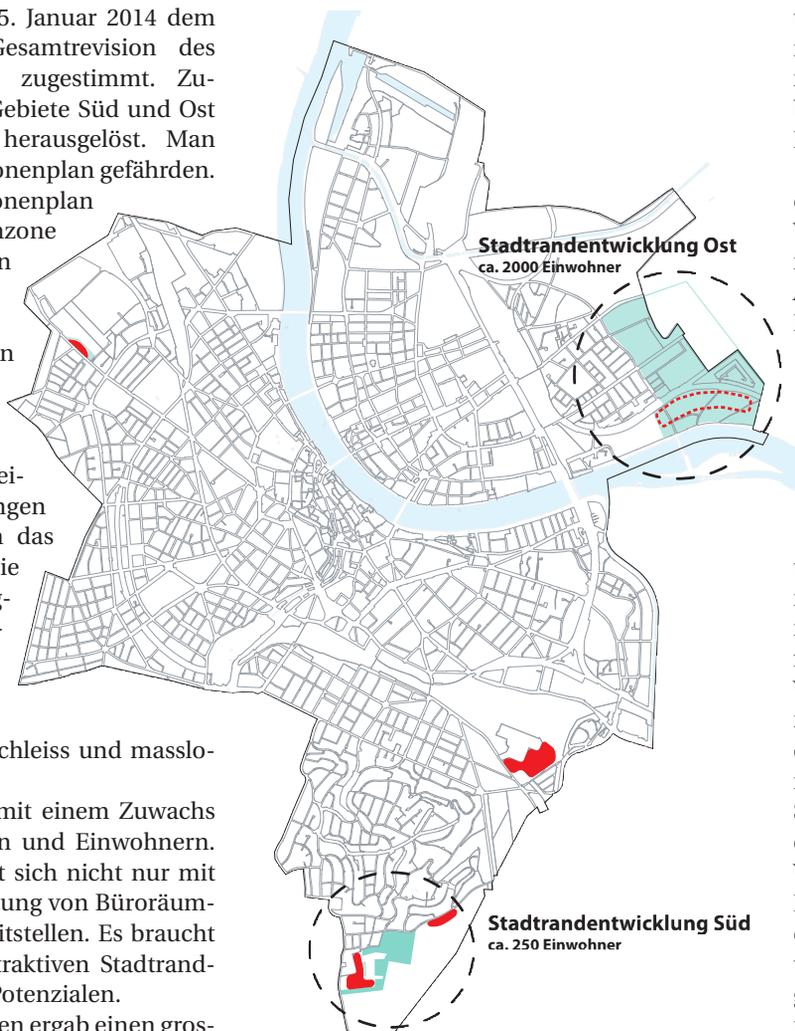
STADTRANDENTWICKLUNG BASEL SÜD UND OST

Wohne, schaffe, läbe

Der Grosse Rat hat am 15. Januar 2014 dem Ratschlag betreffend «Gesamtrevision des Zonenplans Basel-Stadt» zugestimmt. Zugleich hat er die beiden Gebiete Süd und Ost aus dem Gesamtpaket herausgelöst. Man wollte nicht den Gesamtzonenplan gefährden. Der neue beschlossene Zonenplan bringt über 100 ha Grünzone und einen Zuwachs von 10 ha Freiraumzonen. Neben den neu definierten Grünflächen wurden aber auch Zonen für ein verdichtetes Bauen an den Rändern der Stadt beschlossen. Gegen die beiden Stadtrandentwicklungen Süd und Ost wurde nun das Referendum ergriffen. Die Hauptargumente der Gegner sind: «Grünraumzerstörung ist keine Verdichtung», «die Stadt kann ohne Verbauung wachsen», «sinnloser Landverschleiss und massloses Bauen in die Wolken».

Wir rechnen bis 2030 mit einem Zuwachs von 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der neue Wohnraum lässt sich nicht nur mit Verdichtung oder Umnutzung von Büroräumlichkeiten im Innern bereitstellen. Es braucht dazu auch die beiden attraktiven Stadtrandentwicklungen mit ihren Potenzialen.

Die Testplanung im Osten ergab einen grossen Stadtpark mit drei Wohninseln in der Form von Hochhäusern (geringer Fussabdruck). Der Vorteil dabei ist die Verbindung von Wohnraum mit viel Raum für Freizeitgärten, Sport und Grün. In der Abstimmung entscheiden wir über die Rahmenbedingungen im Gebiet zwischen Rankhof und der Grenze zu Riehen.



Nach diesen Vorschriften dürfen maximal 0.8 Prozent des Bodens bebaut werden, dies bei einer maximalen Bruttogeschossfläche von 120000 m² und einer maximalen Höhe von 75 Metern. Weiter müssen von dieser Fläche 90 Prozent für den Wohnungsbau genutzt werden

und davon wiederum 25 Prozent für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Vorgeschrieben ist zudem der Biotopverbund. Ziel des Verbunds ist die Schaffung und Vernetzung von Naturflächen.

Die Testplanung im Süden ergab zwei in die Topographie eingepasste Baufelder, grüne Wege aus der Stadt, die frei bleiben, und einen besseren Schutz der offenen Landschaft. Auch hier entscheiden wir nur über die beiden Baufelder an der Giornicostrasse gegenüber dem Altersheim und der Fläche beim Hundsbuckelweglein Richtung Predigerhofstrasse. Wichtig auf dem Bruderholz ist die Aussicht, dazu sind die Baufelder sauber eingepasst.

Warum ist die Entwicklung Basel Süd und Basel Ost für uns Genossinnen und Genossen so wichtig? Wir lösen einen Teil unserer Wahlversprechen ein, nämlich «Wohne, schaffe, läbe» in Basel. Wir sorgen für genügend bezahlbaren Wohnraum, denn es findet dank zusätzlichem Wohnraum weniger Verdrängung des jetzigen günstigen Wohnraums statt. Es ist ein Meilenstein im Bereich des genossenschaftlichen Wohnens, denn nur mit Genossenschaften kann der Wohnraum Spekulationen entzogen werden. Wir leisten einen ökologischen Beitrag, denn stadtnahes Wohnen ist ökologisch, verbraucht weniger Ressourcen und hilft gegen die Zersiedelung des Umlandes. Die Pflicht zur zweiten Bebauungsplanstufe ermöglicht dem Kanton im Gegensatz zur normalen Bauzone eine Einflussnahme bis hin zur Umsetzungsphase.



Kerstin Wenk
Grossrätin SP Basel-Stadt

AGENDA SP BASEL-STADT

Sonntag, 18. Mai Eidgenössische und kantonale Abstimmungen und Wahlen	Montag, 16. Juni, 20 Uhr Partei Vorstand Grosser Saal, Gewerkschaftshaus
Dienstag, 20. Mai, 20 Uhr Partei Vorstand Grosser Saal, Gewerkschaftshaus	
Montag, 26. Mai, 20 Uhr Delegiertenversammlung Volkshaus, Unionssaal	

PAROLEN SP BASEL-STADT

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

Volksinitiative Mindestlohn	JA
Beschaffung Kampfjet Gripen (Referendum)	NEIN
Volksinitiative «Berufsverbot für Pädophile»	NEIN
Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»	JA

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof und Tram Erlenmatt	JA
Volksinitiative «Grossbasler Rheinuferweg»	JA

KANTONALE WAHLEN

Ersatzwahl Carlo Conti: Keine Wahlempfehlung

KANTONSFUSION

Ein kräftiges SP-Ja und ein Gegenvorschlag

In die Fusionsdiskussion kommt Bewegung: Die zuständigen Kommissionen haben einen Gegenvorschlag zur Initiative «ein-Basel» ausgearbeitet und die Bevölkerung kann vermutlich schon im September über die Fusionsfrage befinden. Die Delegiertenversammlung der SP BL hat sich derweil mit höchster Deutlichkeit für die Initiative ausgesprochen.

Das Resultat ist von bestechender Klarheit: Einstimmig und ohne Enthaltungen sagten die Delegierten der SP Baselland am 5. April ja zur Initiative «einBasel» und damit zur Prüfung einer Fusion mit Basel-Stadt. Gleichzeitig wurde auch eine Resolution angenommen, mit der sich die SP «für einen sozialen und weltoffenen Kanton Basel» einsetzt. Es besteht kein Zweifel: Die SP will den Zusammenschluss.

Dem Entscheid war ein Podiumsgespräch vorangegangen. Die Klingen kreuzten Peter Schmid, Co-Präsident des Initiativkomitees von «einBasel», und Jonathan Schwenter, Mitglied des Komitees gegen die Fusionsinitiative. Peter Schmid legte den Fokus auf die Entwicklung der Region und präsentierte zahlreiche Beispiele dafür, dass die politischen Grenzen zwischen Stadt- und Landkanton nicht mit den gelebten Grenzen übereinstimmen. Beste Beispiele sind etwa die Verkehrs- und Raumentwicklung, die vor Kantonsgrenzen nicht halt machen.

Jonathan Schwenter auf der anderen Seite konzentrierte sich auf Verfahrensfragen und kritisierte die von der Initiative vorgesehene paritätische Zusammensetzung des Verfassungsrat. Er hält die von der Initiative vorgeschlagene Institution für undemokratisch, ungenügend legitimiert und der Aufgabe nicht gewachsen.

Diesen Kritikpunkt der Gegnerschaft haben die vorbehandelnden Kommissionen von Landrat und Grosse Rat aufgenommen und einen Gegenvorschlag formuliert: Die Zahl der Verfassungsratsmitglieder soll repräsentativ die unterschiedliche Zahl der Wohnbevölkerung berücksichtigen und die demokratische Mitwirkung wird dadurch gestärkt, dass die unabdingbaren Gesetze dem Referendum un-



terstellt sind. Während das Initiativkomitee diese Änderungen begrüsst, stellt sich die Gegnerschaft weiterhin auf die Position, dass eine Fusion grundsätzlich unnötig sei.

Letztlich dreht sich die Diskussion also nicht um Verfahrensfragen oder formale Kriterien – sondern es geht um die Grundsatzfrage: Wie wollen wir die Zukunft der Region gestalten? Und hier äusserte sich die Delegiertenversammlung der SP Baselland einstimmig: Sie will eine starke, lebenswerte Region, die sich in ihrer Entwicklung nicht durch überholtes kleinräumiges Denken bremsen lässt.

Letztlich haben es die Bewohnerinnen und Bewohner der Region in der Hand: Das Geschäft geht nun an die Kantonsparlamente und kommt vermutlich am 28. September 2014 zur Abstimmung. Bis dahin verbleibt uns viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Nina Hochstrasser

politische Parteisekretärin SP BL



AGENDA SP BASELLAND

Samstag, 10. Mai, ganzer Tag Binner Märt: Die SP verkauft Kräuter für den Garten sowie Solarvignetten. Dorfplatz Binningen	Samstag, 21. Juni Konzert für ein Basel mit The Ringdingbings, Scarves but no Shoes und Chris Heath Kulturhotel Guggenheim Liestal, Wasserturmplatz 6 & 7, 4410 Liestal
Samstag, 17. Mai, 9 bis 12 Uhr Bring-Hoi-Tag Allmend Gelterkinden	

PAROLEN SP BASELLAND

Gegenvorschlag zu «Ja zur Hausarztmedizin»	JA
«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»	NEIN
Mindestlohn-Initiative	JA
Gripen-Beschaffung	NEIN
Änderung Pensionskassengesetz	JA
«Einführung einer Gewerbeparkkarte»	JA

Statt Kommissionsarbeit Parlamentsblockade – oder: ausser Spesen (fast) nichts gewesen

Effizienz wird in der Welt der Politikerinnen und Politiker oft gefordert. Das ist auch im Baselbieter Landrat nicht anders. Doch was wir in letzter Zeit erleben müssen, widerspricht dieser Formel diametral. Immer wieder sind in den letzten Monaten an den Landratsitzungen zuvor in den Kommissionen einstimmig verabschiedete Vorlagen in Frage gestellt worden. Dies unter dem Vorwand, dass Mann oder Frau doch schlauer werden dürfe.

Dies führte dann im Ratsplenum zu einer erneuten Debatte und zu unnötigen zeitlichen Verzögerungen.

Paradebeispiel für dieses Vorgehen war die Teilrevision des Landratsgesetzes und der Geschäftsordnung des Landrates. Und den Vogel der Ineffizienz hat die SVP abgeschossen. Zuerst wurde verlangt, statt einer ersten

Lesung das Traktandum abzusetzen. Die Fraktion habe mehr als 30 Anträge. Dies obwohl ihre Vertreter in der Kommission einstimmig ja gesagt hatten.

Nicht genug damit. Man wollte das Rad noch weiter zurück drehen und lehnte plötzlich Beschlüsse ab, die schon Jahre zuvor von einer Spezialkommission vorbereitet worden waren. Auf deren Vorschlag hatte der Landrat beschlossen, die Ratsleitung künftig aus dem Präsidium, zwei VizepräsidentInnen und den Fraktionspräsidien zu bilden. Das sollte jetzt plötzlich über den Haufen geworfen werden. Das kann es nicht sein!

Denn das Parlament ist für Vorstösse und Beschlüsse zuständig,

die Fraktionen und Kommissionen für die Meinungsbildung als Basis für die Ratssitzung. Die Kommissionen haben seriös und intensiv an dieser Vorlage gearbeitet, und entsprechend soll der Landrat damit umgehen.

«Einer besonnenen Mitte-links-Mehrheit im Parlament ist es gelungen, die Mini-Parlamentsreform mit sinnvollen Neuerungen durchzubringen.»

Offenbar haben einzelne Fraktionen in der Kommission ihre Aufgaben nicht gemacht oder ihre Kommissionsmitglieder haben nicht verstanden, was sie beschlossen hatten. Müssen deshalb alle das Ganze nochmals von

vorn durchspielen? Und dieses Affentheater wird ausgerechnet durch die sparwütigen Rechtspolitikerinnen und -politiker veranstaltet, welche immer wieder nach Effektivität und Effizienz schreien.

Immerhin: Einer besonnenen Mitte-links-Mehrheit im Parlament ist es gelungen, die Mini-Parlamentsreform mit sinnvollen Neuerungen durchzubringen. Die Obstruktion durch SVP und FDP reichte immerhin aus, das 4/5-Mehr zu verhindern. So darf im Herbst nun auch noch das Volk sagen, ob es künftig ein oder zwei Vizepräsidien im Landrat will.



Andreas Bammatter
SP-Landrat Allschwil

Schadensbegrenzung?

Die Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative wird den Kanton Basel-Stadt vor grosse Herausforderungen stellen und kann ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Probleme verursachen. Denn Ende 2013 waren im Kanton Basel-Stadt gut 34 300 GrenzgängerInnen tätig und 34 Prozent der Kantonsbevölkerung ohne Schweizer-Pass.

Um die negativen Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative auf die Region Basel zu mindern, hat sich die Fraktion der SP Basel-Stadt mit diversen Vorstössen vor allem für die Bereiche Gesundheit und Betreuung, für Bildung und For-

schung, sowie den gesamten Life-Science-Bereich stark gemacht.

In den Antworten der Regierung auf drei Interpellationen sehen wir, dass wir in Basel-Stadt 10

«Die Leistungsfähigkeit des Kantons Basel-Stadt darf durch die Masseneinwanderungsinitiative nicht in Frage gestellt werden.»

Prozent ausländische Lehrkräfte beschäftigen. Die Tagesheime und die stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche profitieren heute in einem hohen Mass von Betreuungspersonal aus dem Ausland.

Aufgrund des stetigen Ausbaus der familienergänzenden Kinderbetreuung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an qualifiziertem Betreuungspersonal weiter zunehmen wird. In den Basler Spitälern sowie in den Alters- und Pflegeheimen werden circa 45 Prozent Ausländerinnen und Ausländer beschäftigt.

Die Antworten der Regierung zeigen eindeutig, dass wir den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, die Weiterentwicklung von Lehre und Forschung, den Betrieb von Spitälern und Pflegeheimen ohne weiteren Zuzug ausländischer Arbeitskräfte nicht gewährleisten können.

Der Kanton Basel-Stadt hat zusammen mit anderen städtischen Regionen der Schweiz die

Initiative abgelehnt. Die SP Basel-Stadt fordert in einem Anzug, dass die Nein stimmenden Regionen zusammen weitere Schritte überlegen müssen, um den Schaden für die Wirtschaft zu minimieren. Konkret fordert die SP-Fraktion die Regierung auf, unter anderem eine Task Force zu bilden und schnellstmöglich in Kontakt mit anderen urbanen Regionen zu treten. Die Leistungsfähigkeit des Kantons Basel-Stadt darf durch die Masseneinwanderungsinitiative nicht in Frage gestellt werden.



Mustafa Atici
Grossrat SP Basel-Stadt